

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verlag: Neudruck Dresden.
Verlagsnummer: 25 241
Für die Nachdrucke: 20011.

Lebeck's **Dreieck-**
Kakao, Schokolade,
Konfitüren, Zuckerwaren.
Firma geg. 1888. • 16 mal prämiert.

Verlag und Hauptgeschäftsstelle:
Mühlentor 38/40.
Verlag von Neudruck Dresden.
Polische-Aktion 1068 Dresden.

Bezugs-Gebühr bei täglicher Zustellung in Dresden oder durch die Post monatlich 4 700.—, Einzelnummer 4 300.—, Sonntagsausgabe 4 400.— | Anzeigen-Preise. Die 10spaltige 30 mm breite Zeile 4 500.—, außerhalb Sachsen 4 600.—, Familienanzeigen und Stellenangebote unter Weglassung jeden weiteren Rabatts 4 200.—, Bezugsgebühren laut Tarif. Unvollständige Aufträge gegen Vorauszahlung. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

26 Prager Straße **Elegantes Reisegepäck** **Adolf Mäter** **Feinste Lederwaren** Prager Straße 26

Das deutsche Memorandum in Paris.

Frankreich vermisst einen Hinweis auf Preisgabe des passiven Widerstands. — Zurückweisung der Entscheidung einer unparteiischen internationalen Instanz. — Günstiger Eindruck in London. — Mussolini über die Reparationsfrage. — Graf Westarp über das deutsche Memorandum.

Die Einwendungen der Pariser Presse.
(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Paris, 8. Juni. Für die französische Presse, denen an einer baldigen Regelung der Ruhrfrage gelegen ist, besteht nach Beendigung der Brüsseler Konferenz und nachdem sich Poincaré auf die Bedingungen bezüglich der Eröffnung von Verhandlungen und sogar auf eine eventuelle Ablehnung jeder Prüfung der deutschen Vorschläge festgelegt hat, nur die Hoffnung, daß England in seiner Eigenschaft als „ehrlischer Wächter“ seinerseits Deutschland dazu bewegen werde, in der Frage des passiven Widerstands eine Erklärung abzugeben, die geeignet sei, die französischen Ansprüche zu befriedigen und andererseits Frankreich über die Punkte aufzuklären, die nach der Meinung der englischen Staatsmänner in dem deutschen Memorandum einen Fortschritt gegenüber den bisherigen deutschen Vorschlägen bedeuten. Es wird bereits heute auch der französischen Presse klar, daß das Memorandum Unnos in den Londoner politischen Kreisen einen verhältnismäßig günstigen Eindruck hinterlassen hat und daß man dort der Ansicht ist, das neue deutsche Dokument könne nicht nur die Grundlage für eine gemeinsame Antwort der Alliierten, sondern auch den Ausgangspunkt einer weiteren Verhandlung mit Deutschland abgeben. Wenn auch die Brüsseler Meldungen zunächst dahin lauten, daß man sich an die Abmachungen der letzten französisch-belgischen Aussprache zu halten habe, so klingt doch bereits gleichzeitig ein Widerhall jener anderen in Brüssel ebenso wie in Paris vertretenen Strömung durch, die es bedauern würde, wenn auch diesmal die neue Anstrengung Deutschlands ohne Echo bleiben würde.

Die Einwendungen.
Die die französische Presse gegen die deutsche Note erhebt, sind in den Blättern seit aller Verhandlungen so übereinstimmend, daß man sie unbedingt auf eine Quelle zurückführen kann. Man kann sie folgendermaßen zusammenfassen: Man wirft der deutschen Note vor:
1. Sie nimmt keinerlei Rücksicht auf die französische Forderung, daß der passive Widerstand vor jeder Prüfung deutscher Vorschläge beendet sein muß.
2. Die deutsche Note gibt zwar Garantien, diese verbleiben aber in der Hand der deutschen Regierung und bedeuten keinerlei Neuerung, da sie bereits in zahlreichen alliierten Dokumenten, zum Teil sogar in weitestgehender Form, vorgelesen sind.
3. Die Forderung nach dem Eingriff eines internationalen unparteiischen Organs zur Bestimmung der deutschen Verhandlungen nach ihrer Höhe und ihren Modalitäten bedeutet eine Entkräftung der Reparationskommission und ist bereits in der letzten französisch-belgischen Konferenz als zurückgewiesen worden.
4. Deutschland äußert sich nicht zu dem Prinzip der Räumung des Ruhrgebietes nach Maßgabe der deutschen Zahlungen.

Die Mehrzahl der Pariser Blätter ist der Ansicht, daß Poincaré überhaupt nicht auf die neuen deutschen Vorschläge durch eine wirkliche Antwort sich äußern wird. Daher erhebt er sich aber mit Brüssel sowohl als auch mit London und Rom ins Benehmen setzen will, wird trotzdem angenommen. Aber den Gegenstand dieses Meinungsanstreifes soll in der Hauptsache die Frage bilden, wie man sich zu der Frage der Aufgabe des passiven Widerstandes stellt und Poincaré soll auch beabsichtigen, durch eine französische Note Deutschland aufzufordern zu lassen, sich über den passiven Widerstand in bindender Form zu äußern. Im übrigen bleibt die französische Presse nicht durchgehend bei der Kritik. Sowohl die Blätter, die Poincaré nur nahesteht, als auch gewisse Organe, die über die Absichten des Poincaré gewöhnlich gut unterrichtet sind, wie einige Zeitungen in der Linken, finden in der deutschen Note gewisse Fortschritte.
Der Brüsseler Korrespondent des „Temps“ schreibt: In belgischen politischen Kreisen glaube man, Deutschland habe auf direktem Wege gewisse Angaben über die Studien des belgischen Kabinetts erhalten, zwischen Paris und Brüssel Unstimmigkeiten zu klären und dies in seiner Note zu verwenden. Es sei wahrscheinlich, daß Poincaré und Kopsch nach eingehendem Studium des deutschen Memorandums auf diplomatischem Wege sich mit Poincaré in Verbindung setzen. In gewissen Kreisen läßt man vor, daß die Antwort auf Deutschland einlaß die Forderung enthalte, daß man es auf die letzte Entscheidung der alliierten Minister in Brüssel über das Aufgeben des passiven Widerstandes aufmerksam mache. Die diplomatischen Verhandlungen würden voraussichtlich einige Tage dauern, aber es gebe gewisse Kreise in Brüssel, die hoffen, daß London und Rom sich an der belgisch-französischen Antwort beteiligen und Deutschland auffordern würden, den passiven Widerstand aufzugeben.

Die Stellung der Regierungspresse.
Paris, 8. Juni. Die rechtsstehende und die Regierungspresse bereiten dem deutschen Memorandum die Aufnahme, die man nach der Pressekampagne der letzten Tage erwarten konnte. Jedoch würdigt ein Teil der Blätter ernstlich die Vorschläge und findet in ihnen eine Grundlage zur Diskussion. „Echo de Paris“ schreibt, daß man es mit einem deutschen Rückzuge zu tun habe. Die deutsche Regierung verspreche Garantien, sage aber nicht, wie die einzelnen Papiermark der einzelnen Einnahmequellen in Goldmark umgewandelt werden könnten. Die Haltung der französischen Regierung könne also nicht den geringsten Zweifel aufkommen lassen. Poincaré müsse das Dokument, wenn er es gründlich prüfe, zurückweisen. Aber er werde eine Prüfung gar nicht vornehmen. — Der „Matin“ sagt, man müsse den Schluß ziehen, daß Cuno die Fortsetzung der zurzeit Deutschland gegenüber angewandten Politik wünsche.

Die polnische Außenfront gegen Deutschland.
Von Dr. Ernst Scraphim.
In Polen gehört das Kabinetts Sikorski nunmehr der Vergangenheit an. Alle seine Bemühungen, unter Verletzung seiner verhältnismäßig mäßigen politischen Verantwortung sich durch nationalistische Reden das Vertrauen der Rechten zu gewinnen, sind gescheitert, einmal an dem Ehrgeiz des Bauernführers Witos, dieser wertwürdige Mann, der ohnehin ohne Halsstuch und in hohen Bauernkreisen anhängt, hat durch kruppellose Verhandlung mit der Rechten selbst auf die Gefahr eines Bruches mit einer starken Gruppe seiner eigenen Partei die Leitung der Regierung erlangt. Daher er früher den Widerheiten gegenüber bei den Wahlen zweideutige wohlwollende Worte gesprochen hatte, hat er natürlich jetzt längst vergessen. Ob das neue Kabinetts dauerhaft sein wird, ist schwer zu sagen. Der Teil der Witos-Partei unter Dombki, der gegen die neue Kombination war, hat sich zwar scheinlich unterworfen, und nur eine kleine Gruppe von 14 Abgeordneten ist aus der Partei in Feindschaft ausgeschieden. Aber Dombki wartet offenbar nur auf Neuwahlen, die früher kommen könnten, als man heute vielleicht glaubt, um den Kampf gegen Witos aufzunehmen. Der eigentliche Sprengstoff ist und bleibt das Agrargesetz, über die Entscheidung übergrößer Landgüter, das bisher nur auf dem Papier gestanden hat. Sie bildet eine Forderung gerade der Bauernpartei. Es ist aber kaum anzunehmen, daß Witos, gebunden an die Nationaldemokraten, jetzt energischer vorgehen wird, als die früheren Regierungen, die das Gesetz fast lediglich gegen deutsche Gutbesitzer amanduliert. Aber die Agrarfrage wird sich auf die Dauer im Seim doch nicht übergehen lassen. Es hat sich zuviel dahingegen das Hauptlandamt, die oberste Behörde des Aufsehlunamtes, aufgehäuft und noch kürzlich hat ein Gutbesitzer Kminski, der die Nerven über die Unrechtmäßigkeiten und den fallenden Geschäftstand verloren hatte, den Vizepräsidenten des Amtes Czeminski niedergeschossen. Solange also die Agrarfrage nicht zur Tagesordnung steht, wird die Regierung ihr Leben vorzüglich fristen können. Vielleicht gelangt es ihr auch, ihre auf 222 Stimmen berechnete Gefolgschaft durch die 18 Stimmen der nationalen Arbeiterpartei zu häufen, durch die fraglos ein nationalpolnischer Zug geht. Das haben die Wahlen im Gemeinderat in Lodz erwiesen, wo die polnischen sozialistischen Arbeiter, die zuvor den Gemeinderat beherrschten, durch die nationale Arbeiterpartei auf zwölf Stimmen herabgedrückt wurden. Aber die Dinge bleiben doch so unsicher, daß man, wie gesagt, schon jetzt ernstlich mit baldigen Neuwahlen rechnet.
Die neue Kabinettsbildung hat auch die Verabschiedung des Generalkontrahats und Warschalls Pilsudski zur Folge gehabt, eines Mannes, der den Wandel der Volksmeinung an sich selbst wiederum erfahren kann. Mit seinem Rücktritt tritt der Gedanke einer Abrechnung Polens mit Russland, in dem er stets den Hauptteil seines Vaterlandes sah, argzeitig zurück. Wahrscheinlich nach den Nationalisten, so läme eine französisch-russisch-polnische Allianz zustande, an die sich natürlich ein baltischer Staatenbund und die kleine Entente anlehnen müßten. Es wäre dann ein Volkswort der europäischen „Freiheit“, wie man sie in Paris und Warschau versteht zu schaffen. Soweit ist man freilich noch nicht, denn mit dem Sowjetstaat lassen sich inneren und äußeren Gründen keine Bindungen dieser Art aufbauen bringen. Aber das eine ist doch klar: die Außenpolitik Polens nimmt erschütterlich ihre Front gegen Deutschland, zu dem die amtlichen Beziehungen die denkbar unfreundlichsten geworden sind: die sich hüfenden Fälle brutaler Ausweisung Reichsdeutscher aus Polen als lästige Ausländer, die unhöfliche, allen diplomatischen Gesandtschaften hohnsprechende Art, wie die Aufhebung des deutschen Konsulats in Thorn verlangt wurde, die Drohung gegen Danzig — alles Dinge, die noch in früherer Erinnerung sind. — zeigen, was man sich in Warschau herausnehmen zu können glaubt. Die lästige Führung der deutsch-polnischen Verhandlungen in Dresden, die in allen wichtigen Fragen, so der der Opanten, nicht von der Stelle rücken, illustriert gleichfalls den üblen Willen Polens. Und wie der russische Ministerpräsident Goremkin 1914 erklärte, wie Russland kämpfte nicht nur gegen Deutschland, sondern auch gegen seine eigenen Deutschen im Lande, und dann die Hut gegen Italien und deutsche Kolonisten ausließ, so führt auch Polen heute mit allen Mitteln einen Krieg gegen die Deutschen, die zwar wider ihren Willen unter fremde Herrschaft gekommen sind, sich aber legal auf den Boden des neuen Staates gestellt haben. Alle Versuche des Völkerverbundes, mäßigend einzuwirken, sind völlig vergeblich gewesen. Und daß auch die stierlichsten Ab-

Die Aufnahme der Note in London.

Die „Times“ bezeichnet das Angebot als großen Fortschritt.
London, 8. Juni. Die „Times“ bezeichnet in ihrem Leitartikel das deutsche Memorandum als das Eracbenis der Initiative der britischen Regierung, weisefellos vereint mit dem französisch-belgischen Drucke im Ruhrgebiete. Daher ruhe auf England eine ganz besondere Verantwortung, die deutsche Note voll und angemessen zu erwägen.
Sowohl der Form wie dem Inhalte nach stelle das Dokument einen großen Fortschritt gegenüber dem vom 1. Mai dar. Das Memorandum stelle tatsächlich das letzte Wort der deutschen Regierung in dem Sinne dar, daß keine Bemerkung fast sicher zur Aufgabe jedes weiteren Versuches in dieser Art führen würde, sowie zum politischen und sozialen Chaos in Deutschland, welches die Hoffnung auf Erzielung irgendeiner wesentlichen Reparationssumme endgültig außerhalb der Grenzen des Möglichen stellen würde.
Die wesentliche Frage sei daher, ob die Note eine angemessene Grundlage für eine Regelung biete. Dies sei eine Frage, die nur beantwortet werden könne, wenn man sich entschlossen habe, ob man sich mit dem rein wirtschaftlichen Problem der deutschen Zahlungen befasse oder mit einem politischen Problem. Die Note beschränke sich ärena auf die Frage der Reparationszahlungen. Oder mit anderen Worten, sie sei auf ein wirtschaftliches Problem gerichtet und biete eine wirtschaftliche Lösung an. Dies sei die richtige, wenn nicht die einzige Annäherungslinie und müsse von denen, an welche die Note gerichtet sei, als eine solche behandelt werden. Vom wirtschaftlichen Standpunkt müsse man den deutschen Vorschlag als einen solchen ansehen, der ernst genommen werden müsse. Als Beitrag zur Regelung des Reparationsproblems an sich könne die Note mit den Ansichten der Wirtschaftler und Finanzfachverständigen aller führenden Länder einschließlich Frankreich überein. Aus diesem Grunde müsse sie auf die Weltmeinung einen günstigeren Eindruck machen als jedes andere deutsche Dokument über diese Frage. Es seien Anzeichen vorhanden, daß Frankreich nicht willens sei,

dem Memorandum ernste Erwägung zu zollen, weil es die unbedingte Aufgabe passiven Widerstandes im Ruhrgebiete vermiss. Wenn der französische Standpunkt als Erörterungsgrundlage angenommen werde, so müsse es schwierig sein, die Verhandlungen mit der geringsten Offenuna auf Erfolge fortzuführen, wenn inausführliche Deutsche und Franzosen ihr gegenseitiges Eigentum zerstörten und einander umbrächten. Glücklicherweise läme eine geringe Minderung in der französischen Ansicht über die Ruhrproportion einzuwirken zu sein. Es läme mehr Reizung vorhanden, sie als zeitweilige Folge des Cunoes anzusehen. Wenn dieser Wechsel von Dauer sei und Cuno fernerseits die Sabotage verwerfe, könne mit Auversicht erklärt werden, daß England warm für die Annäherung Deutschlands auf einer Konferenz eintreten werde, welche die endgültige Regelung des Problems zum Ziele habe.
London, 8. Juni. „Manchester Guardian“ schreibt in einem Leitartikel: Die deutsche Regierung habe diesmal einen Vorschlag unterbreitet, der jedenfalls der Erwägung wert sei. — Das deutsche Memorandum wird auch von der Abendpresse günstig aufgenommen. „Pall Mall and Globe“ schreibt: Es sei nicht zu verwundern, daß das Verhalten Frankreichs den Gedanken aufkommen lasse, daß Frankreich in Wirklichkeit nicht auf Reparationen aus ist, sondern sie nur als Vorwand benutz, um die Auflösung Deutschlands zustande zu bringen. England wolle, daß Deutschland zahle, und hoffe, daß die französische Obstruktion gegen solche Zahlungen aufhöre. Wenn die Alliierten das neue deutsche Angebot gemeinjam ernstlich erörtern, so könne es zur Grundlage einer dauernden Regelung gemacht werden. Wenn Frankreich es ohne weiteres verwerfe, so wird es die Welt zwingen, den wirklichen Beweggründen seiner Politik die gebührende Auslegung zu verleihen. (W. T. W.)

Dollar (Amtlich): 78 500
Im Freiverkehr abends 6 Uhr: 80 100